

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 36. Sitzung

am Mittwoch, dem 2. November 2011, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Dr. Christian von Boetticher (CDU)	
Astrid Damerow (CDU)	i. V. von Hauke Göttisch
Niclas Herbst (CDU)	
Dr. Axel Bernstein (CDU)	i. V. von Heiner Rickers
Wilfried Wengler (CDU)	
Rolf Fischer (SPD)	
Anette Langner (SPD)	
Birte Pauls (SPD)	
Jens-Uwe Dankert (FDP)	
Kirstin Funke (FDP)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Anke Spoorendonk (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Wahl einer/eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden	6
2. Bericht zu Legislativvorschlägen der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013	7
3. a) Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums EVZ Kiel	9
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1870	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1895	
b) Arbeit der Verbraucherzentralen Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern	
Antrag der Fraktion von SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/1878	
4. Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2011 - Europabericht 2011	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1566	
5. Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten	15
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1860	
(im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)	
6. Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma	18
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/1887	
7. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010	19
Drucksache 17/1799	

- 8. a) Stellungnahme des Landtags zur Dänemark-Strategie** **20**
- Antrag der Fraktionen von SSW und SPD
[Drucksache 17/1358](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1561](#)
- b) Dänische EU-Ratspräsidentschaft nutzen**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1478](#)
- 9. Eine europäische Nordseestrategie unterstützen** **23**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1072](#)
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1175](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Umdruck 17/2807](#)
- 10. Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich** **24**
- Gesetzesentwurf der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/522](#)
- 11. Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!** **25**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1867](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig)
[Drucksache 17/1910](#)
- 12. Abstimmung im Vorfeld von Ostseeparlamentarierkonferenzen** **26**
- 13. Terminplan für das erste Halbjahr 2012** **27**
- hierzu: [Umdruck 17/2840](#)

14. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**28**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der Union für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes (KOM(2011) 650 endg.)

[Umdruck 17/2939](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1639/2006/EG zur Einrichtung eines Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (2007 - 2013) sowie der Verordnung (EG) Nr. 680/ 2007 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Verkehrs- und Energienetze (KOM(2011) 659 endg.)

[Umdruck 17/2940](#)

Die Vorschläge zur Agrarpolitik

KOM(2011) 625 endg., KOM(2011) 626 endg., KOM(2011) 627 endg., KOM(2011) 628 endg. und KOM(2011) 630 endg.

[Umdrucke 17/2941, 17/2942, 17/2943, 17/2944, 17/2945](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ (KOM(2011) 665 endg.)

[Umdruck 17/2946](#)

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Finanztransaktionssteuersystem und zur Änderung der Richtlinie 2008/7/EG (KOM(2011) 594 endg.)

[Umdruck 17/2947](#)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt, sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 (KOM(2011) 615 endg.)

[Umdruck 17/2948](#)

15. Verschiedenes**29**

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl einer/eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wählt der Ausschuss einstimmig Abg. Dr. Christian von Boetticher zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden des Europaausschusses.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht zu Legislativvorschlägen der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013

M Dr. Rumpf trägt einleitend die Schwerpunkte der Agrarministerkonferenz vom 28. Oktober 2011 in Suhl vor (im Internet verfügbar unter folgender URL: <https://www.agrarministerkonferenz.de/documents/Gesamtfassung-suhl-ohne-unterschrift.pdf>). Vor dem Hintergrund der Lage des Landeshaushalts betont sie, dass es Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen geben müsse und entsprechende Signale nach Brüssel gesandt worden seien. Schwierig sei besonders, die erforderlichen Kofinanzierungsmittel weiter auf dem jetzigen Niveau zu halten. Aus diesem Grund wünsche man sich auch die Möglichkeit, eine private Kofinanzierung vornehmen zu können. Diese würde auch bei den Agrarinvestitionsprogrammen hilfreich sein, sei jedoch in den Legislativvorschlägen nicht erhalten, wohl aber in den Beschlüssen der Agrarministerkonferenz. Schleswig-Holstein habe auch eine Protokollerklärung zur Flexibilisierung des Greenings abgegeben.

Auf eine Frage der Abg. Pauls zum Anteil des Maisanbaus und der Kontrolle der Fruchtfolge führt M Dr. Rumpf aus, dass die Betriebe davon ausgenommen würden, wenn sie einen entsprechend hohen Grünlandanteil hätten. Betriebe mit einem hohen Anteil an Maisanbau wären von der Pflicht zur Fruchtfolge betroffen, für diese Betriebe stelle die geplante Regelung eine Einschränkung dar. Zur Kontrolle führt sie aus, dass ein bestimmter Prozentsatz der Betriebe derzeit bereits kontrolliert werde. Bei einem zu hohen Anteil von Abweichungen werde der Prozentsatz der kontrollierten Betriebe erhöht. Zurzeit seien jedoch keine höheren Kontrollen erforderlich.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer zum Maisanbau antwortend erläutert M Dr. Rumpf, dass das Anbauverhältnis in den Legislativvorschlägen vorhanden sei und im gemeinsamen Beschluss der Agrarminister bestätigt werde. Die schleswig-holsteinische Landesregierung habe sich für eine größere Flexibilität ausgesprochen. Der Wunsch sei auch gewesen, dass es die Wahl zwischen mehreren Greening-Maßnahmen gebe. Über eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erhoffe man sich eine andere Anreizwirkung im Zusammenhang mit dem Betrieb von Biogasanlagen.

Moorflächen - so erläutert M Dr. Rumpf auf eine weitere Frage des Abg. Thoroer - würden teilweise beackert, dort würde Maissilage angebaut. Das sehe man kritisch, aus Sicht der Lan-

desregierung gebe es keinen Grund, eine Einstufung als benachteiligtes Gebiet vorzunehmen und damit noch zusätzlich Steuergelder für die Nutzung bereitzustellen. Eine Förderung sei hingegen für die Wiedervernässung von Mooren denkbar, weil es sich dabei um eine Maßnahme des Klimaschutzes handele. Im Hinblick auf die Verteilung der Mittel im Rahmen von EU-Förderung bestehe eine Konkurrenz zwischen den Ressorts. Aus ihrer Sicht, so führt M Dr. Rumpf dazu aus, sei es besonders vor dem Hintergrund der Vielfalt der Aufgaben der Landwirtschaft notwendig, für diesen Bereich auch ein starkes Budget vorzuhalten.

Auf eine Frage der Abg. Funke im Hinblick auf noch ausstehende Änderungen an den Legislativvorschlägen betont M Dr. Rumpf, dass sie noch Änderungen vonseiten des Europäischen Rates und vonseiten des Europäischen Parlaments erwarte, in jedem Fall stünden noch harte Verhandlungen bevor. Von einigen Positionen, zu denen es bisher jedoch schon intensive Verhandlungen gegeben habe, würde das Parlament ihrer Einschätzung nach nicht mehr abrücken.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie viele Betriebe in Schleswig-Holstein tatsächlich von der von der Ministerin angesprochenen Kappungsgrenze betroffen seien, führt diese aus, dass man keine genauen Angaben machen könne, weil keine Daten vorlägen, wie viele Arbeitskräfte in den jeweiligen Betrieben gegengerechnet werden könnten. Die Vermutung sei, dass es sehr wenige Betriebe in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik betreffen würde. Es gehe aber um die grundsätzliche Frage, ob man große Betriebe schlechterstellen könne. Man könne auch Betriebe, die sich um Wettbewerbsfähigkeit bemühten, nicht für diese Bemühungen bestrafen. Es bestehe zudem die Befürchtung, dass eine jetzt noch hohe Kappungsgrenze im Laufe der Zeit reduziert werde.

Eine weitere Frage des Vorsitzenden zur Biodiversität beantwortend legt M Dr. Rumpf dar, dass sie in ihrem eigenen Vorschlag mehrere Maßnahmen zum Greening vorgesehen habe. Klimaschutz und Entlastung der Gewässer seien weitere Themen gewesen, die wichtig gewesen seien. Bei der Auswahl der Maßnahmen habe eine Rolle gespielt, welche Maßnahmen den größten Effekt hätten und ob sie in die erste Säule passten. Der Prozentsatz für ökologische Vorrangflächen hänge insgesamt auch vom Budget ab. Besonders wichtig für die Landesregierung seien Randstreifen und Landwirtschaftselemente, zum Beispiel Knicks oder Gewässerrandstreifen. Es gebe weitere Beispiele dieser Art. Auch die Beratung von Landwirten spiele eine Rolle.

Auf eine Frage der Abg. Sporendonk zu der Höhe des Budgets betont M Dr. Rumpf, dass das Budget erst spät konkret verhandelt würde. Dabei gehe es widerstreitende Interessen zwischen der Konsolidierung des EU-Haushalts und einer Zunahme des Agrarbudgets.

Punkt 3 der Tagesordnungspunkt:

a) Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums EVZ Kiel

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1870](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1895](#)

b) Arbeit der Verbraucherzentralen Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern

Antrag der Fraktion von SPD, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/1878](#)

(überwiesen am 7. Oktober 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Europaausschuss)

Herr Bock, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale, führt in die Thematik ein. Er erläutert, dass er vonseiten des Parlaments die Aufforderung erhalten habe, einen Projektantrag zu stellen. Dies verschaffe der Verbraucherzentrale etwas Luft. Es bedürfe aber nach wie vor der tatkräftigen Unterstützung aller Fraktionen, um zu erreichen, dass das Europäische Verbraucherzentrum institutionelle Förderung erhalten könne.

Auf eine Frage des Abg. Dr. von Boetticher zur Vorbereitung des Europäischen Verbraucherzentrums auf Projektarbeit führt Herr Bock aus, dass man den Projektantrag so gestellt habe, dass man die Arbeit fortsetzen könne, wenn dieser bewilligt werde. Man habe einen höheren Projektantrag gestellt, um der stärkeren bundesweiten Ausrichtung und der Informationsaufgabe besser gerecht zu werden. Die stärkere bundesweite Ausrichtung bedeute, Broschüren wie zum Beispiel „Autokauf in Europa“ in einer deutlich höheren Stückzahl zu bestellen. Darüber hinaus versuche man, stärker mit Generalkonsulaten in anderen Ländern in Kontakt zu treten. Auch sei eine stärkere Vernetzung mit den anderen Verbraucherzentralen des Landes geplant.

Auf eine Frage des Abg. Fischer führt Herr Bock aus, dass auch das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland in Kehl Projektmittel und keine institutionelle Förderung erhalte. Frau Sack von dem Europäischen Verbraucherzentrum in Kiel ergänzt, dass aufgrund von

Regularien die Finanzierung der Information, zum Beispiel durch Broschüren, aus Bundesmitteln erfolge, die Beratung jedoch durch europäische Mittel bestritten werden könne.

Auf eine Frage der Abg. Funke zu den Anstrengungen, die unternommen würden, um das Europäische Verbraucherzentrum zu erhalten, unterstreicht Herr Bock, dass man sowohl vonseiten der Landes- als auch der Bundespolitik viel Unterstützung erfahren habe. Grundsätzlich sei die institutionelle Förderung besser, weil man sich mit Projektförderung immer wieder neu um Projektmittel kümmern müsse. Man sei aber froh um jede Möglichkeit, die den Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums sicherstellen könne.

Abg. Spoorendonk hebt hervor, dass man damals gemeinsam dafür gekämpft habe, das Europäische Verbraucherzentrum nach Kiel zu holen. Das jetzige Problem entstehe ihrer Ansicht nach dadurch, dass der Bund die Bedeutung dieses Zentrums für Schleswig-Holstein unterschätze. Gleichzeitig müsse jedoch auch - dies sei Aufgabe der schleswig-holsteinischen Landespolitik - die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein gestärkt werden.

Abg. Langner hebt hervor, dass das Problem ihrer Ansicht nach auch dadurch entstanden sei, dass das Land die Förderung der Verbraucherzentrale gekürzt habe und aufgrund dieser Tatsache auch das Europäische Verbraucherzentrum Schwierigkeiten bekommen habe. Zu der Idee, einen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen, hebt sie hervor, dass der ins Gespräch gebrachte Lösungsansatz, die Kommunen stärker in die Pflicht zu nehmen, aus Sicht der SPD-Fraktion den falschen Weg darstelle. Aus diesem Grund sei auch ein gemeinsamer Antrag nicht möglich.

M Dr. Rumpf betont, wie wichtig auch aus Sicht der Landesregierung die Arbeit der Verbraucherzentrale sei, aus diesem Grund versuche man, auf mehreren Ebenen die Arbeit zu unterstützen. Die Verbraucherzentrale habe zuletzt 980.000 € aus Landesmitteln erhalten, von denen auch das Europäische Verbraucherzentrum gefördert worden sei. Im letzten Doppelhaushalt seien alle institutionellen Förderungen gekürzt worden, schwierig für die Verbraucherzentrale sei gewesen, dass die Umsatzsteuer für Beratungsleistungen erhöht und Projektförderungen ausgelaufen seien. Es sei zu begrüßen, dass die Verbraucherzentrale mit den Kommunen verhandle, weil es einen Standortvorteil für die Kommune darstelle, wenn sie eine Verbraucherzentrale habe. Während der letzten Verbraucherschutzministerkonferenzen sei die Schwierigkeit der Finanzierung und Lösungsansätze dazu diskutiert worden. Man versuche zudem, auf allen politischen Ebenen deutlich zu machen, dass man die Verbraucherzentralen halten wolle. Wichtig sei aus Sicht der Landesregierung, für die Verbraucherzentralen auch Planungssicherheit zu schaffen. Aus diesem Grunde bemühe sie sich, eine Verpflichtungser-

mächtigung auf Landesebene für fünf Jahre zu schaffen. Die letztendliche Entscheidung darüber liegt aber beim Parlament.

Ein Brief an die Bundesverbraucherschutzministerin mit der Bitte um Unterstützung sei dahin gehend abgelehnt worden, dass in Kiel individuelle Beratung erfolge, was nicht durch Bundesmittel unterstützt werden dürfe. Beim Standort Kehl, der eine andere Trägerstruktur habe und ergänzende Aufgaben erfülle, sei eine Unterstützung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz möglich.

Abg. Thoroeb hebt hervor, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich vom Antrag von SPD, SSW und der LINKEN dadurch unterscheide, dass er die Verbraucherzentrale durch freiwillige Mittel aus der Wirtschaft zu unterstützen suche. Das halte man vonseiten der anderen Fraktionen jedoch nicht für zielführend. Vielmehr fordere man eine Pflichtumlage, um die Unabhängigkeit der Verbraucherzentralen gewährleisten zu können.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, sich die Möglichkeit eines gemeinsamen Antrags offenzuhalten. Die guten Absichten, die bestünden, dürften nicht im Sande verlaufen. Wichtig sei, eine finanzielle Kompensation zu erreichen, und zwar relativ zeitnah.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, weist darauf hin, dass im Antrag der CDU und FDP ein wichtiger Punkt der Verbraucherschutzministerkonferenz aus dem Jahr 2010 aufgegriffen worden sei, die Finanzierung langfristig und nachhaltig zu sichern und dafür Bußgelder aus Kartellstrafsachen dafür zur Verfügung zu stellen. Nicht im Antrag enthalten sei, welche Möglichkeiten es gebe, die Wirtschaft nach dem Verursacherprinzip an den Kosten der Verbraucherarbeit zu beteiligen.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur individuellen Beratung der Verbraucherzentrale führt Herr Bock aus, dass es den Tatsachen entspreche, dass der Bund nur Informationsarbeit fördere. Aber durch die Zurverfügungstellung der Bundesmittel würden Mittel der Europäischen Union überhaupt erst zur Verfügung gestellt, die in Kiel zur Beratung eingesetzt würden. Man versuche, das auch in Kiel so umzusetzen. Insofern sei die Aussage der Bundesministerin, dass der Bund nur die Information fördere, für sich genommen richtig. Ohne die Finanzierung des Bundes gebe es jedoch keine Kofinanzierungsmittel der Europäischen Union, somit könne auch die Beratung nicht sichergestellt werden. Der Unterschied in der Arbeit zwischen Kiel und Kehl liege darin, dass die Mehrzahl der Anfragen in Kehl aus dem europäischen Ausland komme, während die Mehrzahl der Anfragen in Kiel aus dem Bundesgebiet kämen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Fischer zu den personellen Konsequenzen durch die Kürzungen hat Herr Bock hervor, dass es in der Verbraucherzentrale das sehr komplexe Finanzierungssystem aus Projektmitteln und institutioneller Förderung sowie aus Eigeneinnahmen zusammensetze. Der Vorstand habe aufgrund der drohenden Kürzungen entschieden, vorsorglich Standorte zu schließen und personelle Maßnahmen zu ergreifen. Mit dem Betriebsrat sei ein Sozialplan ausgearbeitet worden, es seien Kündigungen ausgesprochen und Mietflächen gekündigt worden. Die ausgesprochenen Kündigungen seien rechtskräftig. Dennoch bemühe man sich, zusätzliche Mittel zu requirieren und anderweitig Kosten einzusparen. Man bemühe sich jetzt um eine Finanzierung des Bundes - auch vor dem Hintergrund, dass der überwiegende Anteil der Anfragen nicht aus Schleswig-Holstein selbst komme. Die Kommune Norderstedt leiste jetzt einen erheblichen erhöhten Beitrag, um die Beratungsstelle vor Ort zu erhalten, dies sei auch fraktionsübergreifend beschlossen worden. Auch in Heide bemühe man sich - auch mit Hilfe der umliegenden Kommunen - um den Erhalt der Beratungsstelle vor Ort. Vonseiten der Verbraucherzentrale sei man wie das Ministerium der Ansicht, dass eine Verbraucherzentrale vor Ort ein Standortvorteil für die Gemeinde darstelle und aus diesem Grund den Kommunen zum Beispiel dadurch Vorteile entstünden, dass durch Beratung im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen Aufträge an das lokale Handwerk vergeben werden könnten. Mit Flensburg, Kiel und Lübeck befinde man sich nach wie vor in Verhandlungen über Zuschüsse.

Im Hinblick auf eine Frage des Abg. Herbst zu dem grünen Antrag führt Herr Bock aus, dass man vonseiten der Verbraucherzentrale auch die Auffassung vertrete, dass eine Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten nötig sei, allerdings müsse die Unabhängigkeit der Verbraucherzentralen erhalten bleiben. Kurzfristig sei die Maßnahme zudem keine Lösung, um den Fortbestand zu gewährleisten.

M Dr. Rumpf führt zu den Fragen zu der angekündigten Planungssicherheit aus, dass noch nicht feststehe, wie ein künftiger Haushaltsentwurf aussehe. Sie schätze jedoch die Wahrscheinlichkeit, eine Finanzierung durch Umschichtung aus ihrem Haus zu erreichen, als sehr gering ein. Die Budgethoheit liege jedoch beim Haushaltsgesetzgeber.

Skeptisch äußert sie sich zu der Möglichkeit, durch Verhandlungen mit der Wirtschaft freiwillige Leistungen von dort einzuwerben. Stattdessen sei der von der Verbraucherschutzministerkonferenz in Anlehnung an ein Gutachten der Universität Hohenheim gemachte Vorschlag, Bußgelder, die aus Kartellverfahren stammen, zur Verbraucherberatung einzusetzen, ihrer Ansicht nach zielführender.

Auf eine Anmerkung des Abg. Fischer zu der Tatsache, dass die vorgeschlagenen Möglichkeiten die unmittelbaren Probleme nicht lösen könnten, hebt M Dr. Rumpf hervor, dass das Land nicht in der Lage sei, die wegfallenden Projekte mit auszugleichen.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums EVZ Kiel, [Drucksache 17/1895](#), mit den Stimmen der Fraktionen CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW zur Ablehnung.

Gleichzeitig empfiehlt er dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum gleichen Thema, [Drucksache 17/1870](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Annahme zu empfehlen.

Den Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW betreffend Arbeit der Verbraucherzentralen Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern, [Drucksache 17/1878](#), empfiehlt der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2011 - Europabericht 2011

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1566](#)

(überwiesen am 15. September 2011)

Abg. Funke erläutert den von CDU und FDP als Tischvorlage vorgelegten Antrag, [Umdruck 17/2973](#). Nach einer Diskussion kommen die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW überein, dem Antrag beizutreten. Der Antrag, [Umdruck 17/2973](#) wird einstimmig angenommen. Der Bericht der Landesregierung Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2011 - Europabericht 2011 -, [Drucksache 17/1566](#), nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1860](#)

(im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)

- Verfahrensfragen -

St Maurus führt in die Thematik ein und erläutert, die Kommission habe Anfang Oktober 2011 ihre Legislativvorschläge vorgelegt. Einige dieser Vorschläge wichen von der Position der deutschen Länder ab. Das Legislativprogramm habe zum Ziel, verschiedene europäische Fonds zu vereinigen und damit das Zusammenspiel zwischen den Fonds zu verbessern. Die Legislativvorschläge beinhalteten mehrere Verordnungen zu unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (EVTZ) oder dem Programm für den sozialen Wandel und soziale Innovation. Bei dem letztgenannten Programm handele es sich um nationale Zuständigkeit. Ein Eckpunkt des Verordnungspakets sei eine Konzentration auf die EU-2020-Ziele, unklar sei, wie strikt diese Konzentration ausfallen werde. Die Einführung einer neuen Kategorie von Zwischenregionen werde von den deutschen Ländern abgelehnt.

Für die Wettbewerbsregionen würde für Mittel aus den Strukturfonds vorgeschlagen, dass sie zu 52 % für ESF-Ziele und zu 20 % für Energieeffizienz, in erneuerbare Energien und Innovationen eingesetzt werden sollten. Die übrig bleibenden 28 % stünden für die klassische Regionalförderung zur Verfügung. Ob die prozentuale Aufteilung so erhalten bleibe, hänge auch von den Verhandlungen im Rat ab. In diesem Rahmen soll der neue zentrale Infrastrukturfonds „Connecting Europe Facility“ ein Volumen von 50 Milliarden € erhalten. Aus diesem Topf sollten auch die wesentlichen Energieleitungsnetze Europas mitfinanziert werden. Das sei auch für Schleswig-Holstein interessant. Die Details, für welche Infrastrukturprojekte das Geld zur Verfügung stehen solle, seien noch unklar. Da die Beschleunigung des Netzausbaus für die Europäische Union wichtig sei, sei es möglich, dass Projekte schon vor 2014 angegangen würden. Insgesamt soll eine stärkere Ausrichtung auf die Strategie 2020 stattfinden. Die Regelungstiefe des strategischen Rahmens, den die Kommission selbst definieren wolle, sei noch nicht klar. Die Dänemark-Strategie, die in diesen Strategierahmen falle, sei als regionale Strategie auf europäische Ebene sehr begrüßt worden.

Die Kommission schlage darüber hinaus entgegen der Erwartungen weitreichende Konditionalitäten vor. Mit der Strukturfondsförderung behalte sich die Kommission vor, Mittel beim Verfehlen von Zielen zu kürzen. Es gebe in diesem Bereich Klärungsbedarf, weil momentan unklar sei, wann entsprechende Fälle vorlägen. Vonseiten der Landesregierung wünsche man sich in der Gestaltung mehr Freiräume, es sei jedoch klar, dass man sich in Zukunft stärker an den Europa-2020-Zielen werde orientieren müssen.

Darüber hinaus - so führt St Maurus weiter aus - werde die Kommission auf den verstärkten Einsatz neuer Finanzquellen, zum Beispiel revolvingender Fonds setzen, bei denen allerdings noch beihilferechtliche Fragen zu klären seien. Insgesamt sei dies ein überlegenswerter Vorschlag. Die Europäische Territoriale Zusammenarbeit solle zudem fest in die strategischen Dokumente eingebunden werden. Es solle eine engere Kopplung der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit an andere Mainstream-Programme erreicht werden. Auch hier sei eine Sicherstellung der Erreichung der Europa-2020-Ziele wichtig. Die INTERREG-Förderung sei der einzige Bereich, in dem mit einem Mittelaufwuchs zu rechnen sei, dies sei auch deshalb besonders wichtig, weil zusätzliche Einnahmelmöglichkeiten der EU oder zusätzliche Bundesmittel nicht zu erwarten seien. Insgesamt sei es besser, Bedarfe selbst zu finanzieren, zum Beispiel aus Bundesmitteln, weil dadurch mehr Geld im Land bleibe. Die makroregionalen Strategien würden weniger stark betont als erwartet, weil die Kommission zunächst den Erfolg der bestehenden makroregionalen Strategien Ostsee und Donau bewerten wolle. Man befinde sich in diesem Bereich ebenso in der Diskussion, wie um den Stellenwert der Stadtentwicklung. Auch der Begriff der funktionalen Räume, der in diesem Zusammenhang immer wieder falle, sei nicht definiert. In den Legislativvorschlägen befänden sich noch zahlreiche ungeklärte Begriffe und zum Teil auch Verfahrensvorschläge, die noch genauer definiert werden müssten. Im November werde eine Aus- und Bewertung der umfangreichen Vorschläge für das Kabinett vorgenommen. Am 16. Dezember sei eine Stellungnahme des Bundesrates geplant. Aufgrund der vorliegenden Unklarheiten sei auch von der derzeitigen polnischen Ratspräsidentschaft geplant, Fragen zu präzisieren, die in den folgenden Ratspräsidentschaften beantwortet werden sollten. Im Januar plane die Kommission eine Mitteilung zum gemeinsamen strategischen Rahmen, zu dem auch eine Konsultation erfolgen solle. Zudem gebe es das Angebot der Kommission, weitere Diskussionen zu führen, um die Dokumente zu präzisieren. Die in Aussicht gestellte Regelung bis Oktober werde jedoch von den Beteiligten sehr kritisch gesehen.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, eine Beschlussfassung zu dem Antrag zunächst zurückzustellen.

St Maurus weist darauf hin, dass es zwingend notwendig sei, sich auf Ebene der nationalen Parlamente zu verständigen, Bundesrat und Bundestag müssten Stellungnahmen abgeben. Im Moment seien alle Seiten um Lobbyarbeit bemüht.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu beraten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/1887](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Spoorendonk regt an, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen, um dem Thema inhaltlich gerecht zu werden.

Abg. Funke plädiert für eine Abstimmung in der Sache, da ihrer Ansicht nach kein spezifischer Aktionsplan für einzelne Minderheiten benötigt werde. Wichtiger sei ein alle Minderheiten umfassender Integrationsplan.

Abg. Pauls spricht sich auch vor dem Hintergrund der EU-Vorgaben dafür aus, dem Vorschlag der Abg. Spoorendonk, eine Anhörung durchzuführen, zu folgen. - Auch Abg. Thoroer spricht sich für eine Anhörung aus, um in einem Integrationsplan auch die spezifischen Bedürfnisse der Volksgruppe der Sinti und Roma berücksichtigen zu können.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW lehnt der Ausschuss die Durchführung einer Anhörung ab.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktion des SSW, [Drucksache 17/1887](#), zur Ablehnung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation
der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätig-
keit 2009 bis 2010**

[Drucksache 17/1799](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an alle Ausschüsse mit Ausnahme des Petiti-
onsausschusses)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss nimmt den Bericht, [Drucksache 17/1799](#), abschließend zur Kenntnis. Gleich-
zeitig fasst er ins Auge, den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen in eine
seiner nächsten Sitzungen einzuladen und mit ihm den EU-Aktionsplan für behinderte Men-
schen sowie die EU-Rahmenkonvention zu diesem Thema zu diskutieren.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Stellungnahme des Landtags zur Dänemark-Strategie

Antrag der Fraktionen von SSW und SPD

[Drucksache 17/1358](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1561](#)

b) Dänische EU-Ratspräsidentschaft nutzen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1478](#)

(überwiesen am 26. Mai 2011)

Auf eine Frage der Abg. Pauls zur Beteiligung der Kommunen an der Formulierung der Dänemark-Strategie und etwaiger Änderungen führt St Maurus aus, dass es ein sehr breites Beteiligungsverfahren zu dem Thema gegeben habe. Bis in die letzten Tage seien kritische Punkte mit den Antragstellern verhandelt worden. Probleme habe es im Bereich der Hochschul- und Gesundheitskooperation gegeben, in diesem Zusammenhang sei ein Beschluss des Kabinetts zur Konzeption der Landesregierung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Hochschulbereich gefasst worden, zudem befinde man sich in Gesprächen mit der dänischen Seite. Die Strategie insgesamt müsse aus Sicht der Landesregierung dynamisch bleiben, um auf Entwicklungen in der Region und Entwicklungen von außen reagieren zu können.

Die Verhandlungen im Bereich der Gesundheitskooperation seien sehr schwierig gewesen. Jetzt sei man auf einem sehr guten Weg und hoffe, im Laufe des Monats November eine gute Entscheidung zur Kenntnis nehmen zu können. Es müssten im Bereich der Gesundheitskooperation aber noch weitere Punkte identifiziert werden. Derzeit informiere man sich, welche Kooperationen mit anderen Grenzregionen existierten. Das sei gerade für den Gesundheitsmarkt und die Gesundheitswirtschaft ein herausragend wichtiger Punkt.

Der Tourismusverband Schleswig-Holstein - so führt St Maurus weiter aus - habe sich wider Erwarten zur Dänemark-Strategie der Landesregierung kaum geäußert. Der Tourismusverband erkenne aber die herausragende Bedeutung der Gesundheitskooperation für das Land Schleswig-Holstein an. Gesundheitstourismus könne sowohl im Ostsee- als auch im Nordseeraum eine entscheidende Rolle spielen. Die Zusammenarbeit im Nordseeraum dürfe auch oh-

ne Nordsee-Strategie nicht vernachlässigt werden, die vorhandenen Potenziale müssten genutzt werden. Insofern sei es auch wichtig, die INTERREG-B-Mittel zu berücksichtigen. Ende November werde ein Maßnahmenkatalog gemeinsam mit der dänischen Seite unterzeichnet. Das beziehe sich vornehmlich auf die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark. Auch auf der STRING-Achse sei man gut aufgestellt. Fest stehe, dass im Zusammenhang mit der Fehmarnbelt-Querung INTERREG-A-Mittel eingesetzt werden sollten. Das Kabinett werde die Strategie Anfang Dezember beschließen, es sei notwendig, dass bis zu diesem Zeitpunkt eine Stellungnahme vorliege, um noch Einfluss zu nehmen. Im Hinblick auf die im Antrag [Drucksache 17/1358](#) (neu) angesprochenen Punkte weist St Maurus darauf hin, dass einige dieser Punkte bereits abgearbeitet seien.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu dem von St Maurus erwähnten Gespräch mit einer dänischen Delegation nennt St Maurus als Teilnehmer den CEO der Region Syddanmark, Mikkel Hemmingsen, den Leiter der Gesundheitsabteilung und die Leiterin der Bildungsabteilung. Zur Fortentwicklung der Hochschulkooperation sei angedacht, ein Treffen der Hochschulpräsidien zu organisieren und dabei auch auf den Aspekt der Hochschulforschung einzugehen.

Auf eine Frage der Abg. Spoorendonk zu der Diskussion in der Regionalversammlung, in der man sich ein größeres Engagement der Landesregierung wünsche, betont St Maurus, dass man sich vonseiten der Landesregierung nicht in Selbstverwaltungsprozesse einmischen werde. Stattdessen warte man auf eine Aussage der Region selbst, in welche Richtung die Entwicklung fortschreiten solle. Dann werde die Landesregierung dazu Stellung beziehen. Von dänischer Seite werde darauf gedrungen, dass die deutsche Seite ihre Strukturen straffen solle, um schneller zu Entscheidungen zu kommen. In der Tat würden auf der deutschen Seite viele Gesprächspartner einbezogen. Dass die Kompetenzen über die Vergabe von EU-Fördermitteln an die Beiräte abgegeben worden sei, erweise sich insofern als Vorteil, als auf lokaler und regionaler Ebene das Wissen darüber vorhanden sei, wo die Mittel am besten eingesetzt werden könnten. Auf der anderen Seite werde dieser Umstand kritisiert, weil häufig auf lokale Interessen Rücksicht genommen werden müsse. Ziel der Strategie sei jedoch, durch die Vorgabe eines Rahmens dieses Problem stärker in den Griff zu bekommen.

Auf die Frage der Abg. Pauls, ob nach wie vor die Idee im Raum stehe, ein gemeinsames INTERREG-Fördergebiet mit der Region Syddanmark und Seeland aufzubauen, hebt St Maurus hervor, dass man eine Arbeitsgruppe eingerichtet habe, die sich die Gesamtstruktur ansehen und über die Neuausrichtung der deutschen-dänischen INTERREG-A-Förderung nach 2013 diskutieren solle. Das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Diskussionspapier werde mit den Landräten besprochen und dann ein konkreter Vorschlag vorgelegt. Die Arbeitsgruppe kom-

me zu dem Ergebnis, ein großes Fördergebiet zu beantragen. Die dänische Seite habe angekündigt, dass sie auch für ein großes Fördergebiet sei, jedoch erst beschließen werde, wenn feststehe, wie die deutsche Seite agieren werde. Da die INTERREG-Förderung der einzige Bereich sei, bei dem mehr Mittel zur Verfügung stünden, sei man jetzt vonseiten der Landesregierung bestrebt, für die zwei verhältnismäßig kleinen Förderregionen mehr als 70 Millionen € Förderung einzuwerben. Das sei ein gemeinsames Ziel der dänischen und der deutschen Seite. Man habe die Vermutung, dass man innerhalb einer größeren Region mehr Chancen habe, Mittel zu erhalten. Die Frage sei dann, wie man innerhalb der größeren Region die Mittelverteilung sinnvoll regeln könne. So habe die Arbeitsgruppe ebenfalls Vorschläge gemacht. St Maurus bietet an, nach Abschluss des internen Beratungsprozesses und vor der Kabinettsberatung dem Ausschuss zu berichten.

Abg. Spoorendonk hebt hervor, dass ihrer Kenntnis nach von dänischer Seite die eine große Region als zweitbeste Lösung angesehen werde und man sowohl aufseiten Süddänemarks, als auch südlich der Grenze die Befürchtung hege, dass Mittel verstärkt in die Fehmarnbelt-Region fließen könnten. Sie weist weiterhin darauf hin, dass die Diskussion um die neue Struktur der Region Schleswig-Sønderjylland abgeschlossen sei, die Frage sei, welche Rolle die Landesregierung in dem Vorstand einnehme.

St Maurus betont, dass er davon ausgehe, dass man an die Landesregierung herantrete, wenn es klare Forderungen gebe. Das sei bisher aber nicht der Fall gewesen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden legt St Maurus dar, dass man sich die 100 Millionen € als Förderuntergrenze zum Ziel gesetzt habe. Im Hinblick auf das Verfahren erläutert St Maurus, dass es normalerweise keine so langen Beratungsphasen gebe. Man habe den Landtag frühzeitig beteiligt, um ihm die Möglichkeit zu geben, Einfluss zu nehmen. Wichtig sei eine vorliegende Strategie, anhand derer konkrete Maßnahmen ausgearbeitet werden könnten.

Nachdem alle Fraktionen dem Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1478](#), beigetreten sind, empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag anzunehmen.

Der Ausschuss kommt überein, die jeweiligen Stellungnahmen der Fraktionen der Landesregierung zuzuleiten. Mit Zustimmung der jeweiligen Antragsteller empfiehlt der Europaausschuss einstimmig dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von SPD und SSW, [Drucksache 17/1358](#) (neu), sowie den dazu gehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1561](#), für erledigt zu erklären.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Eine europäische Nordseestrategie unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1072](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1175](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 17/2807](#)

(überwiesen am 27. Januar 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/2057, 17/2058, 17/2064, 17/2068, 17/2091, 17/2286, 17/2301, 17/2313, 17/2334, 17/2335, 17/2354, 17/2358, 17/2380, 17/2381, 17/2807](#)

Der Ausschuss verständigt sich, eine von den europapolitischen Sprechern vorbereitete Version eines gemeinsamen Antrags in einer seiner nächsten Sitzungen zu beraten.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/522](#)

(überwiesen am 19. Mai 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Europaausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [17/921](#), [17/922](#), [17/923](#), [17/928](#), [17/930](#), [17/1038](#),
[17/1070](#), [17/1125](#), [17/1127](#), [17/1132](#), [17/1133](#), [17/1137](#),
[17/1138](#), [17/1141](#), [17/1145](#), [17/1146](#), [17/1147](#), [17/1156](#),
[17/1279](#), [17/1524](#), [17/1878](#), [17/1880](#)

Abg. Spoorendonk stellt die Schwerpunkte des geänderten Gesetzentwurfs, [Umdruck 17/2974](#), vor. Sie hebt hervor, dass sich auch der Beirat Niederdeutsch in seiner Sitzung sehr deutlich für den Gesetzentwurf ausgesprochen habe. Der in dem Gesetzentwurf geforderte Bericht solle mögliche Defizite aufzeigen.

Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Maßgabe zu beraten, dann auch zu einer Entscheidung zu kommen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen
entgegenzutreten!**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1867](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig)

[Drucksache 17/1910](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Europaausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss kommt nach einer kurzen Diskussion überein, den Tagesordnungspunkt ebenfalls in einer seiner nächsten Sitzungen zu beraten.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Abstimmung im Vorfeld von Ostseeparlamentarierkonferenzen

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und erläutert, dass das Thema auf die Tagesordnung genommen worden sei, weil es während der vergangenen Ostseeparlamentarierkonferenz das Bedürfnis gegeben habe, sich über mögliche Abstimmungen verschiedener deutscher Delegationen im Vorfeld einer internationalen Veranstaltung auszutauschen.

Abg. Fischer plädiert dafür, dass sich die unmittelbar Beteiligten einen Verfahrensvorschlag überlegen sollten. - Abg. Spoorendonk und Abg. Funke unterstützen diesen Vorschlag.

St Maurus schlägt vor, die Ergebnisse der Umsetzung der Resolution zur Ostseeparlamentarierkonferenz in den Ostseebericht einfließen zu lassen. Das erspare der Landesregierung viel Arbeit. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Terminplan für das erste Halbjahr 2012

[Umdruck 17/2840](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss den Terminplan für das erste Halbjahr 2012, [Umdruck 17/2840](#).

Punkt 14 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

Nach einer Diskussion über Verfahrensfragen kommt der Ausschuss überein, im Rahmen der kommenden Plenartagung eine Sondersitzung durchzuführen, um der Landesregierung etwaige Subsidiaritätsbedenken des Landtags mitzuteilen.

St Maurus sagt zu, dass unabhängig von der Tagesordnung des Europaausschusses jedes Frühwarndokument von der Landesregierung bewertet und diese Bewertung dem Europaausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Verschiedenes

St Maurus berichtet kurz über das Flaggschiffprojekt „ICT for Health“ im Rahmen des INTERREG-Programms und schlägt vor, dass sich der Ausschuss in einer seiner kommenden Sitzungen von den Projektverantwortlichen dazu berichten lassen solle.

Der Ausschuss beschließt, einen entsprechenden Bericht für eine der nächsten Sitzungen ins Auge zu fassen. St Maurus bietet weiterhin an, über die Ergebnisse der kommenden Europa-ministerkonferenz dem Ausschuss zu berichten.

Abg. Dr. von Boetticher erneuert seine presseöffentlich gewordene Kritik an der Vorbereitung der Reise des Europaausschusses nach Brüssel.

Vertreter der Oppositionsfraktionen weisen darauf hin, dass das vom Ausschuss im Vorfeld beschlossene Programm der Ausschussreise allgemein Zuspruch gefunden habe.

Abg. Herbst bietet an, in einer der kommenden Sitzung von der Arbeit des Ausschusses der Regionen zu berichten.

Abg. Fischer erneuert seinen Vorschlag, Vertreter der Diakonie in den Ausschuss einzuladen und über die Europa-Arbeit des diakonischen Werks berichten zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 13:55 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer